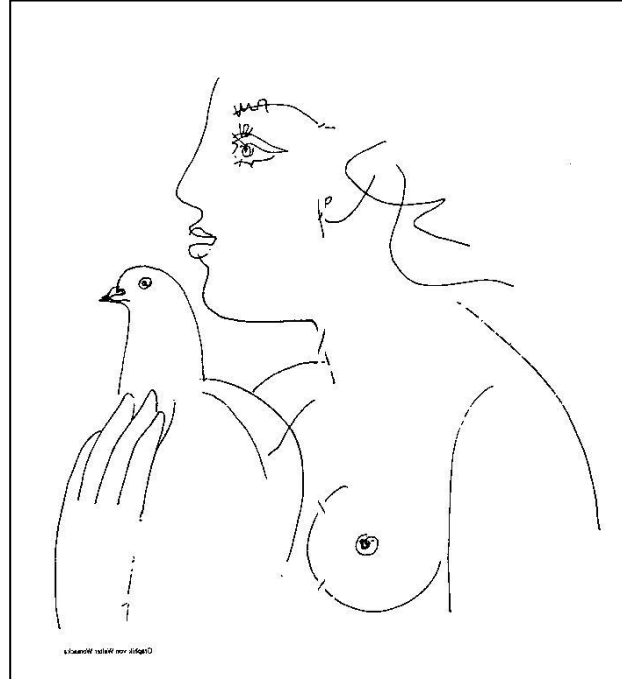


Nr. 198



Weißbuch 2016

Kritische Stimmen zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr

Dokumentation

Zusammengestellt: Arbeitskreis Frieden der GBM

Stand: 13.07 2016

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Deutschlands globaler Horizont (I) 14.07.2016

BERLIN (Eigener Bericht) - Im neuen "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr" formuliert die Bundesregierung offiziell ihren Anspruch auf eine führende Rolle in der Weltpolitik. "Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global", heißt es in dem gestern veröffentlichten Dokument, das als "das oberste sicherheitspolitische Grundlegendokument Deutschlands" firmiert. Berlin sei bereit, "Führung zu übernehmen", heißt es weiter; gefordert wird die ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Insgesamt geht die Bundesregierung zwar von einem ökonomischen und infolgedessen auch politisch-militärischen Einflussverlust der westlichen Mächte aus; sie erklärt, "das internationale System" entwickle sich hin zu einer "multipolaren Ordnung". Doch blieben "auch in einer derart multipolaren Welt" die Vereinigten Staaten eine prägende Macht; insofern werde man militärisch weiterhin "gemeinsam mit den USA" die größte Schlagkraft entwickeln können. Freilich müssten "unsere amerikanischen Partner" von nun an "den Weg gemeinsamer Entscheidungsfindung gehen". Bezüglich Russlands spricht das Weißbuch explizit von "strategischer Rivalität". Diese resultiere daraus, dass Moskau sich in der Weltpolitik "als eigenständiges Gravitationszentrum" präsentiere.

Die globale Ordnung

Das neue Weißbuch formuliert offen den Anspruch Berlins, in Zukunft eine führende Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Dieser Anspruch ist in den vergangenen Jahren immer wieder öffentlich vorgetragen worden. "Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen", hieß es etwa vor fast drei Jahren in einem Strategiepapier, das von rund 50 teils hochrangigen Personen aus dem außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik erstellt und im Oktober 2013 von der Stiftung

Wissenschaft und Politik (SWP) publiziert wurde.[1] Im Weißbuch heißt es nun ähnlich, die Bundesrepublik sei "ein in hohem Maße global vernetztes Land", das "aufgrund seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung" daran gehen werde, "die globale Ordnung aktiv mitzugestalten": "Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substantiell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen ... und Führung zu übernehmen". Die Bundesrepublik werde nicht nur "zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen"; sie "gestalte" darüber hinaus die "internationale Ordnung mit": "Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-, Informations- und Weltraum." Entsprechend erklärt die Bundesregierung im Weißbuch auch, man sei "bereit", "ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates" zu werden.[2]

Rohstoffe und Handelswege

Auch die Beschreibung deutscher Interessen sowie tatsächlicher oder angeblicher Bedrohungen für die Bundesrepublik knüpft unmittelbar an die Debatte der vergangenen Jahre an. Die deutsche Wirtschaft sei "auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege angewiesen", heißt es im Weißbuch: "Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der Hohen See sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von herausragender Bedeutung." Hinzu komme, dass inzwischen auch "funktionierende Informations- und Kommunikationswege" unverzichtbar seien: "Deutschland muss sich daher für die ungehinderte Nutzung der Land-, Luft- und Seeverbindungen ebenso wie des Cyber-, Informations- und Weltraums einsetzen." Als zentrale Bedrohungen werden daher nicht nur "zwischenstaatliche Konflikte", "transnationaler Terrorismus" und "fragile Staatlichkeit" genannt, sondern auch die "Gefährdung ... der Rohstoff- und Energieversorgung" sowie "Herausforderungen aus dem Cyber- und Informationsraum". Originell ist der Gedanke, "weltweite Aufrüstung" im Weißbuch als Bedrohung

aufzuführen: Die Bundesrepublik, drittgrößter Rüstungsexporteur der Welt [3], könnte die in der Tat brandgefährliche globale Hochrüstung mit dem Stopp ihrer Waffenausfuhren im Handumdrehen massiv verringern. Zu den Bedrohungen, denen Deutschland zur Zeit ausgesetzt sei, zählt das neue Weißbuch neben "Pandemien und Seuchen" auch "unkontrollierte und irreguläre Migration".

Machtverschiebungen

Bei der Durchsetzung seiner weltweiten Interessen ist Deutschland dem Weißbuch zufolge mit weitreichenden Verschiebungen in den globalen Machtverhältnissen konfrontiert. "Perspektivisch" werde die Bundesrepublik ihre derzeitige "Stellung als weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht einbüßen", heißt es: "Die Volkswirtschaften aufstrebender Mächte in Asien und Lateinamerika werden nach heutigem Ermessen in den kommenden Jahren das deutsche ... Bruttoinlandsprodukt überholen." Der Aufstieg vor allem Chinas, aber auch Indiens und auf lange Sicht auch Brasiliens habe Folgen: "Resultat des wirtschaftlich, politisch und militärisch weiter wachsenden Einflusses von Schlüsselstaaten vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika" seien "Multipolarität und geopolitische Machtverschiebungen". Resümierend heißt es im Weißbuch: "Das internationale System entwickelt sich zu einer politisch, wirtschaftlich und militärisch multipolaren Ordnung." Infolgedessen könnten sich "konkurrierende Ordnungsentwürfe für die Ausgestaltung internationaler Politik entwickeln", heißt es weiter; das sei ein "Risiko". Über die globalen Machtverhältnisse der Zukunft sagt das Weißbuch voraus: "Die USA werden die internationale Sicherheitspolitik auch in einer derart multipolaren Welt weiterhin prägen."

Bündnis auf Gegenseitigkeit

Entsprechend folgert das Weißbuch: "Nur gemeinsam mit den USA kann sich Europa wirkungsvoll gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts verteidigen". "Bündnissolidarität" sei des-

halb "Teil deutscher Staatsräson". "Wahrnehmung deutscher Interessen" bedeute entsprechend "immer auch Berücksichtigung der Interessen unserer Verbündeten"; Berlin nehme "in Sicherheitsfragen bewusst gegenseitige Abhängigkeiten in Kauf", nicht zuletzt die Abhängigkeit "von einer engen Sicherheitspartnerschaft mit den USA". Allerdings müssten derlei "Interdependenzen" nun "im Interesse unserer Souveränität ... grundsätzlich auf Gegenseitigkeit angelegt sein". Vor allem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat in jüngster Zeit mehrmals den gegenüber den Vereinigten Staaten gestiegenen Machtanspruch Berlins betont, zudem die Vorstellung von einer US-dominierten "unipolaren Welt" zur "Illusion" erklärt [4] und ausdrücklich dafür geworben, die EU zur "unabhängigen" globalen Macht zu formen [5]. Das Weißbuch bestätigt nun, die deutschen Aktivitäten im transatlantischen Bündnis beruhten "auf einer klaren nationalen Positionsbestimmung". Die "transatlantische Sicherheitspartnerschaft" werde sich dabei "umso intensiver und fruchtbarer weiterentwickeln", je stärker "unsere amerikanischen Partner den Weg gemeinsamer Entscheidungsfindung gehen".

Strategische Rivalität

Erstmals seit 1990 erklärt das Weißbuch mit Russland einen Staat ausdrücklich zum "Rivalen". Dabei räumt die Bundesregierung in dem Dokument ein, "die Krise in der und um die Ukraine" sei "konkreter Niederschlag einer langfristigen innen- und außenpolitischen Entwicklung". Unerwähnt bleibt freilich - wie üblich - die treibende Rolle Berlins und Washingtons bei der Herbeiführung des Konflikts.[6] Über die russische Reaktion auf die westliche Aggression heißt es: "Russland wendet sich ... von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch." Daraus folgert das Weißbuch: "Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland ... auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen".

Die Absicht, kein "eigenständiges Gravitationszentrum" zu dulden, erklärt die neuen Aggressionen der NATO und die deutsche Beteiligung daran.[7] Dennoch heißt es weiter, die EU verbinde mit Russland "nach wie vor ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und Beziehungen"; es müsse deshalb in Zukunft wieder "eine belastbare Kooperation mit Russland" geben. Das Weißbuch schreibt die in jüngster Zeit von Berlin geforderte "Doppelstrategie" [8] gegenüber Moskau explizit fest: "Im Umgang mit Russland" überaus "wichtig" sei "die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits".

Innere Formierung

Weitreichende Aussagen enthält das neue Weißbuch auch zur inneren Formierung Deutschlands und der EU. german-foreign-policy.com berichtet am morgigen Freitag.

[1] Neue Macht - Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund of the United States (GMF). Oktober 2013. S. dazu [Die Neuvermessung der deutschen Weltpolitik](#).

[2] Zitate hier und im Folgenden aus: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Juni 2016.

[3] S. dazu [Die Rüstungsoffensive des Westens](#).

[4] S. dazu [Auf Weltmachtniveau](#).

[5] S. dazu [Die Europäische Kriegsunion](#).

[6] S. dazu [Expansiver Ehrgeiz](#) und [Koste es, was es wolle](#).

[7] S. dazu [An der russischen Grenze](#).

[8] S. dazu [Abschreckung und Dialog](#).

Deutschlands globaler Horizont (II) 15.07.2016

BERLIN (Eigener Bericht) - Das neue Bundeswehr-Weißbuch fordert Maßnahmen zur Vorbereitung der deutschen Gesellschaft auf erwartete Gegenschläge gegen deutsche Auslandsinterventionen. Um "Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhal-

ten", müssten "Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen" - mit dem Ziel, nicht näher erläuterte etwaige "Schadensereignisse", die auf die "Handlungen" Berlins folgten, "absorbieren zu können", heißt es in dem Dokument. Das Weißbuch, das in seinem Hauptteil die strategische Grundorientierung der Bundesrepublik vornimmt, fordert zudem eine Straffung der strategischen Entscheidungsfindung und eine stärkere Einbeziehung ziviler Kräfte in die Realisierung der staatlichen Strategien. Auf EU-Ebene dringt es auf umfassende Maßnahmen zur Verflechtung der nationalen Streitkräfte der Mitgliedstaaten und zur Bündelung der nationalen Rüstungsindustrien; Deutschland allerdings müsse seine "Schlüsseltechnologien" im Wehrbereich behalten. Das oberste Strategiedokument der Bundesregierung sieht zudem die Auffrischung der deutschen Streitkräfte durch die Übernahme von Bürgern der EU-Verbündeten vor.

Die Europäische Kriegsunion

Zu den Forderungen, die sich aus dem neuen Weißbuch der Bundeswehr ergeben, gehört eine weitere Militarisierung der EU. "Als Fernziel strebt Deutschland eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an", heißt es in dem Papier. "Auf dem Weg zu dieser" setze man "auf die Nutzung aller durch den Lissaboner Vertrag eröffneten Möglichkeiten" zur intensiveren militärischen Kooperation; vor allem solle "das engmaschige und vielfältige bi- und multilaterale verteidigungs- und militärpolitische Beziehungsgeflecht der EU-Mitgliedstaaten untereinander" ausgebaut werden.[1] Als Beispiele für die erwünschte engere Zusammenarbeit der nationalen Streitkräfte innerhalb der EU führt das Weißbuch bestehende Formen der "Streitkräfteintegration" auf, etwa die Deutsch-Französische Brigade, "dauerhafte wechselseitige Truppenunterstellungen wie zum Beispiel zwischen Deutschland und den Niederlanden sowie zwischen Deutschland und Polen" [2] oder die "Bereitstellung multinationaler Kommandostrukturen" wie im Fall des Multinationalen Kommandos Operative Führung in

Ulm [3]. Genannt wird auch die "Streitkräfteverflechtung" zum Beispiel in den EU Battle Groups und im Europäischen Lufttransportkommando (EATC) [4], aber auch innerhalb der NATO, etwa im Rahmen der NATO-"Speerspitze" [5]. Die "Interoperabilität der Streitkräfte in Europa" müsse erhöht werden, "um die Handlungsfähigkeit Europas weiter zu verbessern", heißt es.[6]

Zivil-militärische Führung

Darüber hinaus verlangt das Weißbuch die "Europäisierung" der Rüstungsindustrie. Es gelte, "militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu entwickeln, zu beschaffen und bereitzustellen", heißt es; dazu sei "eine weitergehende Restrukturierung und Konsolidierung der Verteidigungsindustrien in Europa erforderlich". Allerdings legt Berlin Wert darauf, dass "nationale Schlüsseltechnologien" in Deutschland verbleiben; es gehe darum, "die eigene technologische Souveränität ... zu bewahren", um so "die militärischen Fähigkeiten und die Versorgungssicherheit der Bundeswehr ... technologisch und wirtschaftlich sicherzustellen". Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass andere EU-Staaten im Zuge der Zusammenführung der Rüstungsindustrien auf ihre "technologische Souveränität" zu verzichten haben. Schließlich dringt das Weißbuch darauf, auch auf EU-Ebene die Einbindung ziviler Organisationen und Institutionen in die militärischen Planungen voranzutreiben. Die "Integration ziviler und militärischer Fähigkeiten" müsse intensiviert werden, heißt es: "Zur Stärkung der Reaktions- und Einsatzfähigkeit der EU im zivilen und militärischen Bereich" strebe man "mittelfristig ein ständiges zivil-militärisches operatives Hauptquartier und damit eine zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit an". Dies sei "in dieser Weise noch nicht in den EU-Mitgliedstaaten vorhanden".

Europäer für Deutschland

Nicht zuletzt kündigt das Weißbuch an, Deutschland werde unmittelbar auf die Bürger der übrigen EU-Staaten zurückzu-

greifen, um den Personalbestand der Bundeswehr aufzustocken. Den deutschen Streitkräften gelingt es bislang nur höchst unzureichend, neue Rekruten zu gewinnen - und dies, nachdem erst kürzlich die feste Obergrenze für die Zahl der Bundeswehrangehörigen aufgehoben wurde, um, wie es im Weißbuch heißt, "den Personalkörper bedarfsgerecht anzupassen, wenn sich die sicherheitspolitische Lage und damit die Anforderungen an die Bundeswehr ändern". Zur Nachwuchsgewinnung will sich Berlin in Zukunft also auch bei seinen engsten Verbündeten bedienen. Die "Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU" biete "nicht nur ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotenzial für die personelle Robustheit der Bundeswehr"; sie sei darüber hinaus "ein starkes Signal für eine europäische Perspektive", heißt es dazu im Weißbuch. Der deutsche Zugriff auf die Ressourcen anderer EU-Staaten weitet sich damit nun auch auf deren Bevölkerung aus. Nach Lage der Dinge käme vor allem das personelle Ausweiden der verarmten Regionen im Süden und im Osten der EU in Betracht. Ein ähnliches Vorgehen ist in Europa bislang aus Spanien bekannt: Die spanischen Streitkräfte werben Rekruten in Spaniens ehemaligen Kolonien an. Die Bundesregierung verallgemeinert das kolonial geprägte Verhältnis nun auf Deutschland und seine "Partner" in der EU.

Strategiefähigkeit

In Vorbereitung auf künftige Kriege nimmt das Weißbuch schließlich auch Deutschlands innere Formierung in den Blick. Erkennbar ist ein Mix aus einer Straffung der tatsächlichen Entscheidungswege bei gleichzeitiger Ausweitung des strategisch nutzbaren Umfelds. So soll der Bundessicherheitsrat, ein exklusives Gremium, dem die Kanzlerin, der Kanzleramtschef und die mächtigsten Minister angehören, aufgewertet werden. Er werde sich in Zukunft "kontinuierlicher mit strategischen Fragen" befassen, "um seine Rolle als strategischer Impulsgeber weiter zu stärken", heißt es; damit werden entscheidende Fragen der deutschen Außenpolitik dem parlamentarischen Feld

noch stärker als bisher entzogen und zur Domäne eines kleinen Zirkels in Berlin. Außerdem sollen die "Kompetenzen" der Regierung "in den Bereichen strategische Vorausschau, Steuerung und Evaluierung ausgebaut und miteinander verknüpft werden", um die staatliche "Strategiefähigkeit" zu verbessern. Da einerseits Auslandsinterventionen häufig als Eingriffe zur Beilegung von Krisen legitimiert werden, andererseits aber Gegenschläge zu echten Krisen im Inland führen können, sieht das Weißbuch vor, dass "Prioritäten des Krisenmanagements ... und gemeinsame Handlungsansätze für konkrete Krisenlagen in geeigneten ... Gremien abgestimmt" werden. "Angesichts der Bandbreite möglicher Herausforderungen", heißt es summarisch, sei "unser sicherheitspolitisches Instrumentarium ... agil und flexibel auszugestalten".

Im Schadensfall

Dies bezieht ausdrücklich nichtstaatliche Milieus ein. So heißt es im Weißbuch, "zur Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität" müsse die "Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren" intensiviert werden - etwa durch den "Aufbau eines Netzwerkes", in das gesellschaftliche Kräfte unterschiedlichster Art integriert werden. "Im Schadensfall", also wenn ein Gegenschlag gegen äußere Aggressionen des deutschen Staates erfolgt, müsse "gesellschaftlicher Selbstschutz und Selbsthilfe" staatliche "Bewältigungsmaßnahmen" ergänzen. Dabei gehe es nicht nur um materielle Schäden, sondern auch um die "öffentliche Meinung", die "vielfach Versuchen externer Einflussnahme ausgesetzt" sei. Der gesellschaftliche Zusammenschluss gegen einen äußeren Gegner, der entschlossenes Vorgehen im Konflikt- und Kriegsfall erst ermöglicht, wird im Weißbuch mit dem modischen Schlagwort "Resilienz" bezeichnet. "Resilienz" strebe, so heißt es, den Ausbau der Widerstandsfähigkeit "von Staat und Gesellschaft gegenüber Störungen" an.

Deutschlands Handlungsfreiheit

Dabei werden in Berlin offenbar sogar schwerste "Schadensfälle" nicht ausgeschlossen: Explizit konstatiert das Weißbuch, Ziel der "Resilienzbildung" müsse es sein, "Schadensereignisse absorbieren zu können, ohne dass die Funktionsfähigkeit [!] von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt wird". Über den Anlass der Konflikte, aus denen sich die "Schadensfälle" zu ergeben drohen, heißt es: "Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen, um Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten".

Mehr zum Thema: [Deutschlands globaler Horizont \(I\)](#).

[1] Zitate hier und im Folgenden aus: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Juni 2016.

[2] S. dazu [Der deutsche Weg zur EU-Armee \(I\)](#) und [Der deutsche Weg zur EU-Armee \(V\)](#).

[3] S. dazu [Botschaft an die Weltöffentlichkeit](#).

[4] S. dazu [Der deutsche Weg zur EU-Armee \(III\)](#).

[5] S. dazu [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(I\)](#) und [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(II\)](#).

[6] S. auch [Die Europäische Kriegsunion](#).

Linksfraktion 13. Juli 2016

Christine Buchholz, Katrin Kunert, Alexander Neu

Ein Weißbuch für Aufrüstung und Krieg

Stellungnahme zum „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“

Heute hat die Bundesregierung ein neues "Weißbuch Bundeswehr" vorgestellt, in dem Zustand, Neuausrichtung und verteidigungspolitische Ziele der Armee beschrieben werden. Die Arbeitsgemeinschaft Sicherheitspolitik der Fraktion DIE LINKE, Christine Buchholz, Kat-

rin Kunert und Alexander Neu, haben das Buch gelesen und eine Stellungnahme dazu verfasst.

1. Das Weißbuch ist Teil einer PR-Strategie des Verteidigungsministeriums. In den letzten Monaten wurde immer wieder der Eindruck erweckt, als sei es das Ergebnis eines „inklusi-ven“ Prozesses, an dem auch breite Teile der Bevölkerung hätten teilnehmen können. In dem Weißbuch wird postuliert: „Transparenz nach innen und außen hat den Rang eines strategischen Prinzips.“ Tatsächlich ist das Weißbuch in weiten Teilen nichts anderes als ein Spiegelbild der längst bestehenden Ausrichtung des federführenden Verteidigungsministeriums, überdies zumeist in wolkig-unklaren Formulierungen gehalten.
2. Die Abstimmung mit anderen Ressorts wie dem Außenministerium mag dazu geführt haben, dass nicht mehr von einer Verfassungsänderung für den Einsatz der Bundeswehr im Innern die Rede ist. Der Wille, in diese Richtung zu gehen, ist indes weiterhin deutlich. Auffällig häufig werden „äußere und innere Sicherheit“ in einem Atemzug genannt, beides sei „nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen“. An anderer Stelle ist von einem „zunehmenden Ineinandergreifen von innerer und äußerer Sicherheit“ die Rede, was die „gemeinsame Ausbildung und Übung von staatlichen und zivilen Akteuren für das Handeln im gesamten Krisenzyklus“ erfordere. Das Weißbuch beschwört „ungewöhnliche Ausnahmesituationen“, in diesem Zusammenhang müssten „Bundes- und Landesbehörden“ ihre gute Zusammenarbeit „im Rahmen von Übungen vorbereiten“.

Das Weißbuch fordert nicht explizit die Verfassungsveränderung für einen Einsatz bewaffneter Soldaten im Innern, aber die Logik seiner Argumente läuft darauf hinaus.

3. Auffällig ist, dass zu zentralen Fragen der Verteidigungspolitik gar keine Aussagen zu finden sind. Obgleich seit Erscheinen des letzten Weißbuchs in Afghanistan der erste ganz große Kampfeinsatz der Bundeswehr im Rahmen von ISAF

zu Ende ging, gibt es keinerlei Bilanzierung dieses Einsatzes. Es wird auch nicht für nötig befunden zu erklären, warum der Einsatz in Afghanistan im Rahmen einer Ausbildungs- und Beratungsmission ohne Aussicht auf ein Ende fortgesetzt werden soll. Der Afghanistan-Einsatz wird weder in Bezug auf seine Kosten, seine Opfer noch seine politischen Wirkungen betrachtet und auch nicht auf seine Bedeutung für die Bundeswehr selbst. Er existiert in dem Weißbuch nicht, obgleich sich alle Militärexperten einig sind: Der Afghanistan-Einsatz hat die Bundeswehr mehr verändert als jede Reform.

Dieselbe Sprachlosigkeit gilt für alle anderen Auslandseinsätze, wie etwa dem längsten aller Einsätze: im Kosovo. An einer einzigen Stelle heißt es verschämt: „Die Stabilisierungseinsätze der Allianz [Nato], zum Beispiel in Afghanistan und auf dem Balkan, zeigen, dass Eindämmung und Bewältigung von Konflikten in einem komplexen Sicherheitsumfeld ein langfristiges und verlässliches Engagement erfordern, um Stabilisierungsfortschritte zu erhalten und zu verstetigen.“ Soll heißen: Wenn der Kriegseinsatz nicht zu dem vorgegebenen Ziel führt, müssen wir den Einsatz auf unbestimmte Zeit „verstetigen“. Das ist nichts anderes als das Bekenntnis, im Zweifelsfall auch Endloskriege führen zu wollen, nur um die eigene „Verlässlichkeit“ und militärische Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Mehr als diese lapidare Formel ist in dem Papier zu den bisherigen Auslandseinsätzen nicht zu finden.

4. Auch andere Leerstellen sind bezeichnend. So wird die größte Gefahr des Weltfriedens – der neue nukleare Rüstungswettlauf – nicht thematisiert. Kein Wort zur Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen in Büchel. Zum Thema gibt es nichts als das Bekenntnis zur Nato als ein „nukleares Bündnis“: Deutschland bleibe „über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen der Allianz eingebunden.“

Selbst die Aussagen zu Aufstellung und Ausrichtung der Teilstreitkräfte Marine, Heer und Luftwaffe bleiben mehr als vage. Alles, was Stein des Anstoßes sein könnte, wird ausgeblendet oder in Watte gepackt. Das

KSK existiert in dem Papier nicht. Konkrete Aufrüstungsprojekte werden nicht diskutiert.

5. Eingangs wird der Anspruch erhoben, „die globale Ordnung aktiv mitzugestalten“, vor dem Hintergrund der „wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung“ Deutschlands, das „zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen“ werde. Im Weißbuch wird behauptet, „diese Wahrnehmung schafft ihre eigene Realität“. Der Kniff besteht darin, diesen Anspruch immer als Verantwortung darzustellen, die uns von anderen auferlegt werde. Nirgends wird eingeräumt, dass es einen Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, Märkte und politischen Einfluss gibt, der mit militärischen Mitteln unterfüttert wird.

Der Grund für diese Leerstelle: Die Aufrüstungsmaßnahmen in Deutschland, die im Weißbuch gerechtfertigt werden, sind selbst Teil dieses Wettlaufs.

6. Schuld sind immer die anderen. So ist es neben dem als voraussetzungslos erscheinenden „Terrorismus“ und „Fanatismus“ vor allem Russland, dem die „Infragestellung der „regelbasierten euro-atlantischen Friedens- und Stabilitätsordnung“ angelastet wird. Wörtlich heißt es: „Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Geltungsanspruch. Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen der EU bzw. Nordatlantischer Allianz (NATO). Im Zuge einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte scheint Russland bereit, an die Grenzen bestehender völkervertraglicher Verpflichtungen zu gehen. Der zunehmende Einsatz hybrider Instrumente zur gezielten Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden schafft Unsicherheit in Bezug auf russische Ziele.“

Das Groteske daran: Alles liest sich wie ein Spiegelbild der Aktivitäten des Westens. So wird im Weißbuch die Bundeswehr selbst als Armee eines Landes mit globalem Gestaltungsanspruch definiert. Auf dem

jüngsten Nato-Gipfel in Warschau wurde die Vorverlegung von Bataillonen und Manöver in Richtung Russland beschlossen. Schließlich war es die EU, die der Ukraine ein Assoziierungsabkommen vorlegte, das den Bruch mit Russland zur Bedingung hatte – nachdem die Nato sich über zwanzig Jahre konsequent bis an die Grenze mit Russland vorgehoben hat. Dies hat maßgeblich zur Schaffung einer Lage beigetragen, in dem der Konflikt um den jeweiligen „Einfluss“ als militärischer Konflikt auf dem Gebiet der heutigen Ukraine geführt wird – von beiden Seiten.

Tatsache ist: Der Militärhaushalt der Nato-Staaten zusammengenommen übersteigt den russischen Militärhaushalt um mehr als das Zehnfache. Im Weißbuch werden die wahren Kräfteverhältnisse verleugnet, um die Nato-Politik als defensiv darstellen zu können.

7. Im Übrigen wird in dem Weißbuch die Entwicklung der Fähigkeit zur „hybriden“ Kriegführung ausführlich behandelt. Der Cyberraum wird als ein globaler Operationsraum definiert, in dem die Bundeswehr in Zukunft auch offensiv vorgehen soll – mithin die virtuelle „Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt“. Das Weißbuch behauptet: „Die Auswirkungen von Cyberangriffen können denen bewaffneter Auseinandersetzungen entsprechen.“ Außerdem: „Insgesamt hat sich der Cyber- und Informationsraum damit zu einem internationalen und strategischen Handlungsraum entwickelt, der so gut wie grenzenlos ist.“ Schließlich: „Auch terroristische Gruppierungen, kriminelle Organisationen und versierte Einzelpersonen können potenziell mit geringem Aufwand erheblichen Schaden anrichten ... Innere und äußere Sicherheit fallen in wenigen Bereichen so eng zusammen wie im Cyberraum. ... Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten...“. Was hier formuliert wird, ist nichts anderes, als was der russischen Seite vorgeworfen wird: Die Verwischung der Grenzen zwischen Militärischem und Zivilem.

Das Weißbuch soll in dem Zusammenhang den Aufbau einer eigenen Cyberstreitmacht in der Bundeswehr rechtfertigen. Sie wird für künftige

ge „hybride“ Operationen zuständig sein. Die Bundesregierung sieht den Splitter im Auge des Andern, aber nicht den Balken im eigenen.

8. Um Russland als den einzigen Aggressor erscheinen zu lassen, wird überdies die jüngste europäische Geschichte geklittert. Wörtlich heißt es: „Die Staaten Europas haben – gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika – auf dem europäischen Kontinent seit Ende des kalten Krieges eine einzigartige Friedensordnung geschaffen... [a]uch wenn diese Friedensordnung den Ausbruch vorübergehender, lokal begrenzter gewaltsamer Auseinandersetzungen in Europa nie ganz verhindern konnte...“

Zunächst einmal war auch Russland an der Begründung dieser europäischen Ordnung beteiligt. Zum anderen gab es zwischen 1991 und 1999 vier Kriege auf dem Balkan. Das war mehr als ein vorübergehender, lokal begrenzter Konflikt. Im Bosnien-Krieg wurden Hunderttausende auf ethnischer Grundlage vertrieben und viele ermordet. 1999 kam es zur Bombardierung Serbiens durch die US-Streitkräfte und ihre europäischen Verbündeten. Selbst die chinesische Botschaft in Belgrad wurde getroffen. Bis heute stehen internationale Truppen in Kosovo, um die Lage „stabil“ zu halten.

9. Eine Bilanzierung der inflationären Ausweitung der Auslandseinsätze der Bundeswehr gibt es nicht. Aber es wird als eine gegebene Tatsache hingestellt, dass weitere dazukommen. Grund: Die internationale Ordnung befindet sich „im Umbruch“. Ja, die Welt befindet sich in einem Umbruch. Hintergrund dafür ist der Wettlauf der großen und mittleren Mächte um Rohstoffe, um Märkte und politischen Einfluss. Doch obgleich im Weißbuch eingangs die Legitimität der Wahrung der eigenen „Interessen“ benannt wird, erscheinen „Interessen“ nirgends als „Treiber des Umbruchs“. Es gibt nur demografische und technologische Umbrüche, die destabilisierend wirken. Die Globalisierung befördere die „Verbreitung von Risiken... dies reicht von Epidemien ... bis hin zum transnationalen Terrorismus.“ Letzteres erscheint voraussetzungslos, ebenso wie der Zerfall von Staaten als Ergebnis finsterner Ideologien dargestellt wird. Schuld sei ein

„introvertierter und oft radikaler Nationalismus, gewalttätiger Extremismus und religiöser Fanatismus“.

Fakt: Es waren vergangene internationale Militäreinsätze, die den Zerfall von Staaten und Gesellschaften hervorgebracht haben. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Kriege in Afghanistan und im Irak. Im Weißbuch wird letztlich nichts anderes gefordert, als mit immer mehr Öl die Brände zu löschen, die internationale Streitkräfte verschiedener Groß- und Mittelmächte, allen voran die amerikanischen Streitkräfte, gelegt haben.

10. Im Weißbuch wird dieser Kurs nicht nur gerechtfertigt. Es wird postuliert: Künftig werde es mehr „Ad-hoc-Kooperationen“ geben, im Rahmen derer die Bundeswehr in Kriege geschickt werden soll. Ein Grund können „Maßnahmen gegen Proliferation von Massenvernichtungswaffen“ sein. Ganz gleich, ob in einer Gruppe wie der G7, der G20 oder auch in „anlassbezogenen Gruppierungen“: Im Weißbuch wird Bündnissen wie der US-geführten „Koalition der Willigen“, die 2003 den Überfall und die Invasion des Iraks eben mit der Unterbindung der vermeintlichen Produktion von Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt hat, das Wort geredet.

Auch hat die Bundesregierung Regime wie jene in Ägypten und Saudi-Arabien zu „Partnern“ erklärt. Das Weißbuch macht die Unterstützung solcher Regime zu einer Option für künftige Auslandseinsätze, nennt dies „kurzfristige Unterstützung von Partnern im Rahmen von Stabilisierungseinsätzen“. Die Sprache ist in Watte gepackt, doch zwischen den Zeilen kommt der aggressive Charakter der eigenen Ambitionen zum Vorschein.

11. Schließlich läuft alles auf die Frage nach der Aufrüstung hinaus. Es wird die Aufstockung des Personals gefordert, ohne jede feste Obergrenze. Es wird der Aufbau einer Teilstreitmacht für den Cyberkrieg ausgeführt. Und: „Die Ausstattung der Bundeswehr muss dazu geeignet sein, unterschiedliche Aufgaben in verschiedenen Einsatzgebieten erfüllen zu können (Mehrrollenfähigkeit).“ Die Bundeswehr solle in der ganzen Breite aufgestellt sein, zu Land, zu Luft

und zu Wasser, daneben im Cyber- und im Weltraum. Die Entwicklung der heimischen Rüstungsindustrie, zum Beispiel durch die Unterstützung von Exportmaßnahmen oder bei der Vergabe von Aufträgen als ein strategisches Ziel definiert.

All das erfordert viel mehr Geld als bisher, und das dauerhaft: „Mit dem Einzelplan 14 für das Jahr 2016 und dem Finanzplan bis 2019 wurde eine Trendwende bei der Finanzausstattung der Bundeswehr eingeleitet. Auch im Haushalt 2017 setzt sich diese positive Entwicklung ... fort. In den kommenden Jahren bedarf es einer verlässlichen Verstärkung dieser Finanzlinie...“

Das Geld wird in bestehende Beschaffungsprojekte gepumpt werden, die weiterhin Milliarden verschlingen, darunter verschiedene militärische Satellitenprogramme, der Nachfolger der Aufklärungsdrohne Eurohawk, das Kampfflugzeug Eurofighter oder der Militärtransporter A400M. Daneben hat das Verteidigungsministerium unter Ministerin von der Leyen neue Projekte angeschoben, deren Kosten unabsehbar sind, wie das Mehrzweckkampfschiff 180, die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne oder ein neues Luftverteidigungssystem. Schließlich wird das Geld in die Aufrüstung des Heeres mit Panzern gesteckt, um für einen möglichen Landkrieg in Osteuropa gerüstet zu sein.

Das Weißbuch ist nichts anderes als die zu Papier gebrachte Forderung nach mehr Geld für mehr Soldaten, mehr Militäreinsätze und mehr Kriegsgerät. Es ist ein Weißbuch für Aufrüstung und Krieg.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Bundesregierung setzt auf militärische Wohlstandswahrung

„Meer. Für Dich.“ Mit diesem der Postbank-Werbung entlehnten Spruch wirbt aktuell die Bundesmarine für ihre Einsätze. Seewege für „unsere“ Rohstoffe und Handelsgüter müssten militärisch gesichert werden, z.B. gegen Piraten, die von Fischern zu solchen mutierten, nachdem internationale

Fischfangflotten vor Somalia ihnen ihre Lebensgrundlage entzogen hatten.

Das neue Weißbuch folgt dieser Wohlstandskriegslogik und wirbt für deren stärkere Akzeptanz. Worüber Bundespräsident Köhler vor Jahren noch gestolpert ist, gehört jetzt zum offiziellen Sprachgebrauch der Bundesregierung. Die globalisierte NATO will die Welt nach ihren Vorstellungen und Interessen ordnen. Interventionspolitik und Regime-Changes haben jedoch neben unendlichem Leid für die betroffenen Menschen auch nicht zu den erwünschten Zielen geführt.

Die Einbeziehung von Außen- und Entwicklungsministerium in die Weißbuch-Entwicklung bedeutet keinen Fortschritt

Von Afghanistan über Irak und Syrien bis zu Libyen zeigen sich die interventionistisch erzeugten Desaster. Nun werden die kriegerisch selbsterzeugten Flüchtlingsbewegungen auch noch militärisch mit EUNAVFORMED vor Libyen und der NATO-Mission in der Ägäis völkerrechtswidrig abgewehrt.

Das Weißbuch wird die schon in den letzten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 2011 mit dem Obertitel „Nationale Interessen wahren“ festgeschriebenen Ziele weiterentwickeln. Dort war erstmals davon die Rede, dass die Bundeswehr ein Mittel der Außenpolitik sei. Die Einbeziehung von Außen- und Entwicklungsministerium in die Weißbuch-Entwicklung bedeutet keinen Fortschritt, sondern zeigt, dass auch diese Ressorts dem außenpolitischen Militärprimat zu- und untergeordnet werden.

Militärfreundliche Rechtsprechung steht dem leider nicht mehr im Wege.

Von der Vorgabe der territorialen Landesverteidigung, die gemäß Grundgesetz in Art. 87 festgelegt war, ist man (see-) meilenweit entfernt. Inzwischen gibt es Versuche, den Art. 87 selbst weltdimensional umzuinterpretieren. Bedrohungen der kapitalistischen Lebensweise entstünden überall auf der Welt, von

Gefährdungen „unserer“ Handelswege über Migrationsbewegungen bis zu terroristischen Bestrebungen. Das Bundesverfassungsgericht mit seiner zumindest seit dem out-of-area-Urteil von 1994 traditionell militärfreundlichen Rechtsprechung steht dem leider nicht mehr im Wege.

Die Bundeswehr versucht mit einer neuen Attraktivitätsoffensive in der Öffentlichkeit um mehr Akzeptanz zu werben und neue Rekruten und Rekrutinnen zu gewinnen. Der Tag der Bundeswehr, der als Propaganda-Show an 16 Standorten am 11. Juni 2016 durchgeführt wurde, bildete einen Höhepunkt in der Kampagne der Akzeptanzwerbung. Kinder und Jugendliche werden – in offenem Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention – mit Begeisterung für Waffentechnik und verharmlosenden Selbstdarstellungen der Armee beworben. Die Friedensbewegung wird diesen Militärspektakeln unter dem Motto „Kein Werben für's Töten und Sterben“ entgegenreten.

<p>Dem muss öffentlich und deutlich widersprochen werden.</p>
--

Das neue Weißbuch schreibt eine fatale Entwicklung der bundesdeutschen Militärpolitik fort. Dem muss öffentlich und deutlich widersprochen werden. Das Denken in nationalen Interessenkategorien wird zu weiteren Desastern führen. Seit langem fordert die Friedensbewegung eine Umkehr zu internationalem Solidaritätsdenken und eine Umorientierung von militärischen auf zivile Konfliktlösungsmodelle. Das erforderte zugleich eine Politik, die auf Gerechtigkeit statt nationalen Egoismen setzt. Eine solche Politik einzufordern, ist die Aufgabe der internationalen Friedens- und Gerechtigkeitsbewegung.

Die allerersten Erfordernisse einer Umorientierung der bundesdeutschen Militärpolitik sind die folgenden:

- Beseitigung sämtlicher Offensiv- und Interventionsfähigkeiten der Bundeswehr;
- Beendigung aller kriegerischer Interventionen

- Abzug der Atomwaffen aus Büchel und Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe in der NATO;
- Beendigung der militärischen Flüchtlingsabwehr zugunsten der Eröffnung legaler Fluchtwege;
- Kündigung der Stationierungsverträge für Ramstein, EU-COM, AFRICOM;
- Beendigung aller Rüstungsexporte, zunächst in alle Drittstaaten;
- Umorientierung auf Modelle ziviler Konfliktbearbeitung;
- Entwicklung einer Politik solidarischer Friedens- statt nationaler Kriegslogik.

Quelle

*Martin Singe, Referent im Komitee für Grundrechte und Demokratie
Köln, Mai 2016*

Arbeitskreis Darmstädter Signal - die kritischen Soldaten

Pressemitteilung Bonn, 13.07.2016

*Kritische Stimmen zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr unter
www.weissbuch.org*

Das neue Weißbuch: PR-Coup statt Grundlagendokument

Keine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung im Weißbuchprozess

Entgegen der Ankündigung der Bundesministerin der Verteidigung hat es im Verfahren zur Erstellung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr leider keine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft gegeben. Dies geht aus einer öffentlichen Erklärung des Arbeitskreises Darmstädter Signal, eines Zusammenschlusses kritischer Soldaten der Bundeswehr, hervor.

Darin wird vor allem bemängelt, dass regierungskritische Organisationen aus der Friedensbewegung, darunter auch das Darmstädter Signal, nicht zu Dialogveranstaltungen des Minis-

teriums mit Experten eingeladen worden seien. Die angekündigte breite Beteiligung sei vielmehr sogar der Zensur unterworfen worden, indem im Internet die angekündigte Kommentarfunktion zu den vom Ministerium veröffentlichten Punkten abgeschaltet war. Nur vereinzelte kritische Wortmeldungen und ausgesuchte Einsendungen seien vom Ministerium teilweise veröffentlicht worden, um das neue Weißbuch nach außen als Dokument der gesellschaftlichen Mehrheit darstellen zu können.

Die Federführung des Bundesverteidigungsministeriums bei der Weißbucherstellung ließe zudem, wie dem nun veröffentlichten Weißbuch zu entnehmen sei, erkennen, dass ein verengter Sicherheitsbegriff im Vordergrund stehe. Da es sich beim Weißbuch um ein Grundsatzdokument der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren handle, wäre eine Federführung des Bundeskanzleramtes für seine Erstellung sinnvoller gewesen. Die Ressortabstimmung sei kein adäquates Mittel, um die inhaltlichen Positionen des Außenministeriums und Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gleichwertig zu integrieren.

Ferner kritisiert das Darmstädter Signal, dass mit einschneidenden langfristigen Maßnahmen wie Aufstockung des Personals, Beschaffung neuer Waffen, sogar der Einrichtung eines neuen Organisationsbereichs im Ministerium bereits vor Veröffentlichung des Weißbuchs vollendete Tatsachen geschaffen worden seien, ohne zunächst für Klarheit über die Sicherheitsstrategie zu sorgen. Offenbar solle jetzt nur nachträglich legitimiert werden, was bereits entschieden worden sei.

Das Darmstädter Signal hat eine eigene Website www.weissbuch.org eingerichtet, um im offiziellen Dialogprozess leider kaum möglichen kritischen Stimmen zum Weißbuch eine öffentliche Plattform zu schaffen. Nur eine breite und in der Gesellschaft weitgehend konsensfähige Meinungsbildung sollte Grundlage für das künftige sicherheitspolitische Handeln sein.

13.07.2016 Kooperation für den Frieden

„Kooperation für den Frieden“ stellt Friedenspolitische Alternativen zur Diskussion - Weißbuch der Bundesregierung ist Konfrontation und Kriegsvorbereitung

Die „Kooperation für den Frieden“, ein Zusammenschluss von mehr als 60 Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung, legt mit den [„Friedenspolitischen Forderungen und Perspektiven“](#) eine Alternative zum Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr vor. Die Kooperation lehnt das Weißbuch als Dokument der Aufrüstung ab.

- Die Sicherheits- und Rüstungspolitik der Bundesregierung, die im Weißbuch dargestellt wird, ist
- friedensgefährdend und konfrontativ, besonders gegenüber Russland
- eine Politik der weiteren dramatischen Aufrüstung und der Beschaffung von neuen Waffen
- weltweite interventionistische Politik und eine Fortsetzung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- schleichende Militarisierung im Innern und eine Militarisierung Europas
- Fortsetzung eines hemmungslosen Rüstungsexports.

Diese Politik ist nicht alternativlos. Die „Kooperation für den Frieden“ fordert einen Paradigmenwechsel – Sicherheitspolitik muss sich der Friedenspolitik unterordnen.

- Friedenspolitik muss sich orientieren:
- am absoluten Primat des Friedens und einer Absage an Krieg
- an einer Politik der umfassenden Abrüstung, die im eigenen Land beginnt
- an der Abschaffung aller Atomwaffen

- an den Grundsätzen der zivilen Konfliktbearbeitung. Zivile Konflikttransformation muss das Leitmotiv der Außenpolitik werden.
- am Völkerrecht und an internationaler Gerechtigkeit.

Friedenspolitische Alternativen können nur in einem Ringen um soziale Demokratie, Menschenrechte und ökologische Nachhaltigkeit realisiert werden. Sie verlangen die Wiederbelebung einer Entspannungspolitik, weltweite inklusive Friedensstrukturen und die Überwindung der Militärblöcke, besonders der NATO.

Friedenspolitik, die auf positiven friedlichen Alternativen zur herrschenden Politik basiert, ist möglich, realistisch und sinnvoll. In einer Zeit von Kriegen, Krisen und grundlegenden Veränderungen, können diese Ideen und erprobte Alternativen Menschen begeistern und in Aktion versetzen. Angeknüpft werden kann dabei an die militärkritische Grundstimmung in der Bevölkerung, die Kriegseinsätzen aufgrund der Erfahrungen aus zwei Weltkriegen skeptisch gegenübersteht.

Frieden braucht Bewegung. Deshalb unterstützt die Kooperation für den Frieden die bundesweite Demonstration der Friedensbewegung am 8.10.2016 in Berlin.